

Antrag

**der Abgeordneten Stefanie Strasburger, Robert Heinemann, Hartmut Engels,
Egbert von Frankenberg, Marino Freistedt, Dittmar Lemke, Brigitta Martens,
Marita Meyer-Kainer (CDU) und Fraktion**

Betr.: Anti-Mobbing-Projekt an Hamburger Schulen

Das Wort „Mobbing“ stammt aus dem Englischen und bedeutet so viel wie „anpöbeln“, „angreifen“ oder „über jemanden herfallen“. Mobbing steht für systematische Schikane, Intrigen oder Psychoterror gegen eine bestimmte Person oder Gruppe, die regelmäßig über einen längeren Zeitraum hinweg vorkommen.

Besondere Aufmerksamkeit erregte bisher das Mobbing am Arbeitsplatz. Aber auch an Schulen wird „gemobbt“.

Mobbing ist an deutschen Schulen ein viel größeres Problem als allgemein bekannt. Wissenschaftler und Experten halten eine Annahme für realistisch, nach der etwa eines von 25 Schulkindern ein- oder mehrmals in der Woche Attacken über sich ergehen lassen muss. Das entspricht bei rund 10 Mio. Schülerinnen und Schülern in Deutschland knapp 400 000 Mobbing-Opfern, Mobbing kann zu psychischen und physischen Gesundheitsstörungen der Schülerinnen und Schüler führen, und es kann zu erheblichen Störungen in der Entwicklung der Kinder kommen.

Beim Mobbing an Schulen besteht die Schwierigkeit, normales Schülerverhalten von wirklichem Mobbing zu trennen. Nicht jeder Konflikt wird zu einer Mobbinghandlung. Mobbing zeichnet sich durch die längere Dauer, die Einseitigkeit der Beziehung und das Ziel, den anderen „fertig zu machen“ oder aus einer Gruppe zu verdrängen, aus. Auch unter Lehrern sowie zwischen Lehrern und Schülern kann es zu Mobbingverhalten kommen. Oftmals gibt es auch unbewusstes Mobbing. Das Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung hat im Juli 2006 zum Thema Mobbing unter Schülerinnen und Schülern bereits eine „Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer“ herausgegeben. Dies alleine ist aber nicht weit reichend genug.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, das Thema Mobbing auch an Hamburger Schulen kommunikativ und präventiv aufzugreifen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ein auf die Hamburger Verhältnisse speziell zugeschnittenes Anti-Mobbing-Projekt zu entwickeln, bei dem durch Lern- und Lehrmodule dem Thema Mobbing kommunikativ und präventiv begegnet wird.
2. im Rahmen einer Erprobungsphase zwölf Schulen verschiedener Schulformen – mit dem Schwerpunkt auf den Klassenstufen 5 und 7 – an dem Anti-Mobbing-Projekt zu beteiligen. Eine Ausweitung ist nach Abschluss der Evaluation zu prüfen.
3. der Bürgerschaft über die Ergebnisse zu berichten.